

Quo vadis - 'Grüne' Politik in Bickenbach

von Ulrich Friedrich Koch

Auf zwei Mitgliederversammlungen Mitte November 1999 und Mitte Januar 2000 diskutierten die Aktiven bei den Bickenbacher Grünen über die Zukunft des Ortsverbandes. Anlass war, dass einige der in Bickenbach im grünen Umfeld Aktiven aus der Partei Bündnis 90 / Die Grünen ausgetreten sind oder diesen Austritt angekündigt haben. Das im Folgenden abgedruckte Papier habe ich als Beitrag zur Diskussion am 19. Januar 2000 geschrieben. Emotional stand die Republik gerade unter dem frischen Schock des Geständnisses von Manfred Kanther bezüglich der von ihm mitzuverantwortenden illegalen Parteienfinanzierung der Hessen-CDU.

„Es gibt gewichtige Indizien, dass sich das bundesrepublikanische System der Parteiendemokratie überlebt haben könnte. Die Unregelmäßigkeiten bei der Parteienfinanzierung sind da nur eklatante Beispiele. Umgehung der Bandbreite legaler Parteienfinanzierung mit mafïösen Methoden durch die Schwarzen im Großen, die Finanzierung von repräsentativen Auftritten der FunktionsträgerInnen durch Sponsoren aus der Wirtschaft bei den Roten, aber auch die illegale Parteienfinanzierung aus den Parlamentsfraktionen im Kleinen bei den Grünen wie die aktuelle Presseberichterstattung täglich vor Augen führt, zeigen, dass hier etwas falsch läuft. Der Bäderkönig, Amigo, Barschel und der Graf sind noch in schlechter Erinnerung. (Die Schwarzen sind die Profis, die Roten Mittelmaß und die Grünen Amateure ...)

Die meines Erachtens zurecht kritisierte staatliche Finanzierung der Parteien mit DM 5,- pro erhaltener Wählerstimme verstärkt diese Tendenz noch. Gut ist, was der Partei nützt. Kohl, Schäuble und Kanther haben sich sicherlich nicht materiell bereichert. Ihr fehlendes Unrechts-

bewusstsein begründet sich ja darauf, dass sie zugunsten der Partei tätig waren.

Parteien haben qua Definition die demokratische Funktion einer politischen Willensbildung und Meinungsfindung. Analysiert man die aktuelle Verfassung der Parteiendemokratien, bekommt man den Eindruck, dass diese sich zu Kartellen der unbedingten Machterhaltung gemauert haben. Da passt ins Bild, dass die Grünen sich vom Rotationsprinzip schon lange verabschiedet haben und sich von der Trennung von Amt und Mandat demnächst verabschieden werden. Dies waren gerade ja Modelle, um Machtmissbrauch einzudämmen. Parlamentarische Mehrheitsentscheidungen fallen nicht mehr nach offener Diskussion im Parlament, sondern sind offenbar präjudiziert durch Parteizentralen, durch Koalitionsausschüsse - im Risikofall durch 'Fraktionszwang' abgesichert -, durch 'Küchenkabinette', unter Cousins oder bei konspirativen Treffen in der Schweiz. Rechenschaft über das eigene Tun wird, wenn überhaupt nur noch gegenüber Parteigremien, nicht mehr gegenüber den WählerInnen gelegt. Der Rest ist demokratisches Theater. Der Normalverbraucher hat längst kapituliert - politisches Spiel ist schmutziges Spiel. Die Vorstellung einer Demokratie, welche von unten nach oben funktioniert und suggeriert, der kleine Mann könne tatsächlich Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben - die 'Lebenslüge' der Parteien - ist abstrus.

Wir im Bickenbacher Grünen Ortsverband wurden und werden in diesem Sinn in Sippenhaft genommen. Trotz ehrlicher Bemühungen haben wir keine Chance, BürgerInnen für unsere Arbeit zu interessieren, weil das grundsätzliche Misstrauen gegenüber parteipolitischer Betätigung unüberbrückbar groß geworden ist. Da

helfen auch gute Programme und glaubwürdige Personen nicht. WählerInnen fixieren sich höchstens noch auf Hoffnungsträger (Martini) und das geht solange gut, bis der Krug bricht (Schäuble). Glaubwürdigkeitsverlust und Frustration werden nur noch größer - ein Teufelskreis.

Wir stehen vor der Entscheidung, wie wir (und wer) weiterhin unter welchen Bedingungen kommunalpolitisch tätig werden. Hierzu möchte ich folgendes Denkmodell einer organisatorischen Struktur vorschlagen:

1. Wir nehmen Abstand von der Gründung einer neuen, wie auch immer gear teten Gruppierung, sondern suchen Personen, welche auf Basis eines Wahlprogramms in die nächsten Kommunalwahlen ziehen. Eine WählerInnen-Liste kommt nur zustande, wenn eine Einigung auf Grundaussagen möglich ist. Solche Grundaussagen, auf deren Basis ich mir eine erneute Kandidatur vorstellen könnte, sind beispielsweise:

- Behutsame Ortsentwicklung und im Gleichschritt mit der Entwicklung der Infrastruktur
- Verkehrsplanung unter dem Primat von Verkehrsberuhigung
- Entwicklung eines Radwegverkehrssystems für die gesamte Ortsgemarkung
- Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs
- Schulwegsicherung
- Unterstützung des heimischen Klein- und Mittelgewerbes
- Reduzierung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen (Wasser, Strom, Gas etc.)
- Energieverbrauch aus regenerativen Quellen
- Sicherstellung einer sozialen Grundversorgung
- Sicherung eines kulturellen Mindestangebotes u.s.w.

Diese Liste muss sich ausdrücklich von Parteien unabhängig halten.

2. Für den Fall eines Einzuges in das nächste Gemeindeparlament, was nach dem Wegfall der 5%-Hürde wahrscheinlich ist, arbeiten die VertreterInnen dieser gemeinsamen Liste als Fraktion zusammen, allerdings ausdrücklich ohne Fraktionszwang auszuüben. Fraktionssitzungen sind grundsätzlich öffentlich.

3. Alle Mitglieder der Fraktion verpflichten sich, öffentlich Rechenschaft über ihr Tun (bzw. Unterlassen) abzulegen. Mindestens einmal jährlich ist ein schriftlicher Rechenschaftsbericht über Presse, BIK-KENBACHER MAGAZIN und oder per Eigenveröffentlichung zu geben.

4. Im Vorfeld von grundlegenden Entscheidungen der Gemeindevertretung stellen sich die Fraktionsmitglieder für eine themenbezogene öffentliche Auseinandersetzung zur Verfügung und legen ihre Stellung zu den betreffenden Fragen dar. Auf Verlangen von BürgerInnen stehen sie nach Terminabsprache zeitnah für ein Gespräch zur Verfügung. Dieser Punkt beinhaltet eine Selbstverpflichtung zur Teilnahme an allen Bürgerversammlungen der Gemeinde sowie dem Agenda-Prozess. Diese Selbstverpflichtung ist jedoch nicht mit dem früher in linken Zirkeln geforderten 'Imperativen Mandat' zu verwechseln. Die Gewissensentscheidung der einzelnen MandatsträgerInnen bleibt unberührt.

Dieses Modell ist sicher noch nicht ausgereift und auch nicht sensationell. Vorteilhaft daran ist, dass es keine Verknüpfungen mehr mit parteipolitischen Interessen gibt, im Gegenzug aber auch keine hinderliche Doppelbelastung durch Partei- und Fraktionsarbeit. Nachteilig ist die geringere finanzielle Ausstattung einer solchen Fraktion, also kaum genug Geld für eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit (angesichts der aktuellen Ereignisse vielleicht doch kein Nachteil). Innerhalb einer relativ kleinen Gemeinde wie Bikenbach dürfte dies aber kein einschnei-

dendes Hindernis für vernünftige politische Arbeit sein. Eine Garantie dafür, das solche VolksvertreterInnen nicht doch nur Privatinteressen vertreten oder abheben, gibt es nicht. Die Quittung kann halt nur im Fünfjahresrhythmus in Form von Nicht-Wahl erfolgen."

Die Diskussion auf der Versammlung ergab, dass sich der Ortsverband in dieser Konstellation mit Ablauf der Amtszeit der Gemeindevertretung im März 2001 auflösen wird. Wie sich die grüne Fraktion in der Gemeindevertretung und im Gemeindevorstand verhalten wird bzw. wie sich die einzelnen MandatsträgerInnen verhalten werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt. Klar ist, dass von den acht derzeit in unseren Reihen Aktiven fünf für eine nächste Wahlperiode nicht mehr als KandidatInnen für Gemeindevertretung und Gemeindevorstand zur Verfügung stehen werden.

Wer also Alternativen zu schwarz-gelb-rot im Gemeindeparlament vertreten sehen will, muss selbst aktiv werden. An Ideen, Vorschlägen und Kritik bin ich sehr interessiert. (Telefon: 13 37)

